

S-Konzern Johnson&Johnson hat angekündigt, in der Schweiz parkierte Gewinne in die USA zurückzuführen. SIGI TISCHLER/KEYSTONE

Bund winken «Adieu»-Steuern in Milliardenhöhe

US-Steuerreform Der Geldsegen für den Schweizer Fiskus hat einen Haken

ON DANIEL ZULAUF

in wesentliches Element der amerikaischen Unternehmenssteuerreform st der veränderte Geltungsbereich. islang beanspruchten die USA die teuerhoheit auf sämtliche Gewinne, ie US-Konzerne weltweit eingespielt aben. Neu gilt das Territorialprinzip. esteuert werden nur noch jene Gewinne, die auch in den USA anfallen. Im diesen Regimewechsel zu erleichern, werden Gewinne, die US-Unternehmen aus steuerlichen Gründen bisang im Ausland gehortet haben, mit ückführungssteuern zu deutlich tiefeen Sätzen zurück ins Land gelockt.

Der Satz beträgt zwischen 8 und 15,5 rozent. Wie viel von diesen ausländichen Gewinnen zurückgeführt wird, st unklar. Das US-Finanzministerium chätzt die Summe der exilierten Gewinne auf 2,5 Billionen Dollar. Ein subtanzieller Teil davon dürfte sich in der chweiz befinden. Grosse US-Firmen oordinieren ihre internationalen Geschäfte ausserhalb Amerikas über Sitzesellschaften in der Schweiz. So befinden sich in Genf die Zentralen von US-Riesen wie Caterpillar, Procter & Gamble oder DuPont. Starbucks steuert seinen Kaffee-Einkauf über eine Westschweizer Zentrale. Das Gleiche macht der Brauereiriese SABMiller in Zug. Mit Amgen und Johnson&Johnson betreiben auch zwei grosse US-Gesundheitsunternehmen ihre internationalen Sitze in Zug. Letztere hat bereits angekündigt, einen Teil ihrer ausländischen Gewinne zu repatriieren.

Schweiz zwackt 5 Prozent ab

Mindestens kurzfristig muss das für den Schweizer Fiskus keine schlechte Nachricht sein. Wenn diese Gesellschaften ihre aufgelaufenen Gewinne konzernintern in die USA zurückverschieben fällt nämlich dem Bund eine Verrechnungssteuer von 5 Prozent zu – vorausgesetzt, die Transaktion läuft direkt und nicht über Zwischengesellschaften in anderen Ländern. Steuerexperten gehen davon aus, dass dem Bund im laufenden und im kommenden Jahr auf diese Weise beträchtliche einmalige Einnahmen zukommen werden. Von einem Unternehmensberater war zu erfahren, dass dem Bund im laufenden Jahr schon von einem einzigen US-Unternehmen eine solche «Adieu»-Steuer in der Höhe von rund einer Milliarde Franken winkt. Der Betrag impliziert, dass die Firma mehr als 20 Milliarden Dollar von der Schweiz in die USA zurückschiebt.

Die eidgenössische Steuerverwaltung will die Information nicht bestätigen. «Wir haben bis jetzt keine Kenntnis von geplanten Repatriierungsplänen. Aktuell sind uns keine konkreten Rückführungspläne aufgrund von Rulinganfragen bekannt», heisst es auf Anfrage. Die potenziellen Sondererträge sind beim Finanzdepartement auch nicht budgetrelevant: «Die Auswirkungen der Repatriierung von Gewinnen von US-Unternehmen auf die Verrechnungssteuereinnahmen werden nicht modelliert und auch nicht ex ante (im Voraus) im Budget berücksichtigt.»

Der «Residualsatz für konzerninterne Dividende», wie die 5-Prozent-Abgabe im Fachjargon heisst, ist im Doppelbesteuerungsabkommen Schweiz - USA festgeschrieben. Wenn die Gewinnrückführungen von US-Firmen dereinst zum jährlichen Normalfall werden, wird man sich in der Schweiz die Abschaffung der Steuer überlegen müssen. Denn solange Standortkonkurrenten wie die Niederlande und Luxemburg keine solche Steuer erheben, ist die Schweiz erheblich im Nachteil. Im Moment aber könnte sich das als Glücksfall für die Schweiz erweisen.

Beim Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen heisst es: «Der Bundesrat ist sich der Problematik bewusst. Er prüft zurzeit, welche Massnahmen die Schweiz mit Blick auf die im Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA enthaltene Quellensteuer von maximal 5 Prozent auf Dividenden an US-Muttergesellschaften ergreifen soll. Das entsprechende Interesse des Schweizer Standortes setzt grundsätzlich eine Revision des bilateralen DBA voraus, wozu die Amerikaner erst Hand bieten müssen. Die 2009 unterzeichnete letzte DBA-Revision ist im US-Senat immer noch hängig und nicht abgeschlossen.»

Experimente «absurd und widerlich»

Automobil Deutsche Autobauer haben Abgas-Tests mit Tieren und Menschen durchgeführt.

VON CHRISTOPH REICHMUTH, BERLIN

Im Zuge der Aufarbeitung rund um manipulierte Abgaswerte bei Diesel-Motoren in den USA sind übers Wochenende Tests bekannt geworden, welche im Namen von VW, Daimler und BMW in den USA im Jahr 2014 durchgeführt worden sind. Demnach wurden im Wüstenstaat New Mexico zehn Affen während mehrerer Stunden in einem Testlabor in eine luftdichte Kammer gesteckt. Mit der Studie wollten Daimler, BMW und VW laut Presseberichten die angebliche Sauberkeit des modernen Diesels aus deutscher Autoproduktion beweisen und aufzeigen, dass die Schadstoffbelastung im Gegensatz zu früheren Modellen erheblich abgenommen hat. Die Absicht der Autobauer war klar: Den Ruf des Diesels als sauberen Antrieb retten.

Allerdings: Die zu Testzwecken verwendete Autos waren schon damals mit der werten im Strassenverbrauch. Zum Zeitpunkt der Studie genoss der Selbstzünder einen zweifelhaften Ruf, nachdem der Diesel von der Weltgesundheitsorganisation WHO 2012 als krebserregend eingestuft worden war. Perfid: Die in den USA an den Tieren durchgeführten Untersuchungen wurden – unter dem Deckmantel einer angeblich wissenschaftlichen Institution – von einer reinen Auto-Lobby-Organisation in Auftrag gegeben. Die «Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT)» ist nicht, wie der Name suggerieren könnte, eine unabhängige Forschungsstelle, sondern ein von Daimler, VW und BMW finanziertes Institut mit dem Auftrag, Forschungsergebnisse im Sinne der Autoindustrie zu veröffentlichen. Federführend soll der in Wolfsburg beheimatete VW-Konzern gewesen sein.

Tests an 25 jungen Menschen

Damit nicht genug: Wie unter anderem die «Stuttgarter Zeitung» gestern publik machte, finanzierte die EUGT Tests mit Stickstoffdioxiden auch an Menschen. An der Universität Aachen sollen demnach 25



«Dass eine ganze Branche anscheinend versucht hat, sich mit dreisten und unseriösen Methoden wissenschaftlicher Fakten zu entledigen, macht das Ganze noch ungeheuerlicher.»

Barbara Hendricks deutsche Umweltministerin

vertretbar bewertet haben. Die jungen Menschen atmeten das Gas in unterschiedlicher Konzentration ein, danach wurden die Probanden medizinisch untersucht.

Geharnischte Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten. Kanzlerin Angela Merkel bezeichnete die Tests an Affen und Menschen via ihren Sprecher Steffen Seibert als «ethisch in keiner Weise zu rechtfertigen». Die Empörung vieler Menschen sei «absolut verständlich». Auf Distanz zu den Versuchen gingen auch die abermals in den Fokus der Kritik geratenen Autokonzerne selbst. Sowohl Daimler als auch BMW und der Volkswagenkonzern distanzierten sich von den Abgas-Tests an lebenden Probanden, VW entschuldigte sich für die Affen-Versuche bereits am Wochenende. Daimler verurteilte Abgasversuche an Affen und Menschen «auf das Schärfste». Die deutsche Umweltministerin Barbara Hendricks betonte in einer Stellungnahme, Stickoxide seien für den Menschen nachweislich gesundheitsschädigend. «Dass eine ganze Branche anscheinend versucht hat, sich mit dreisten und unseriösen Methoden wissenschaftlicher Fakten zu entledigen, macht das

SWITZERLAND INNOVATION
PARK INNOVAARE

Where Innovation Accelerates



Nils Gebhardt
Managing Director

Switzerland Innovation, der schweizerische Innovationspark, dem der PARK INNOVAARE angehört, ist ein nationales Projekt der Schweiz. Er wurzelt in der Überzeugung, dass es zur langfristigen Sicherung des Wohlstandes des Landes darauf ankommt, die Weichen auf Innovation zu stellen und zwar so intelligent, dass der Innovationskuchen, der im Lande gebacken werden kann, insgesamt grösser wird. Deswegen wollen wir Investitionen aus dem Ausland anziehen. In Nachbarschaft von bedeutenden wissenschaftlichen Einrichtungen, wie dem Paul Scherrer Institut PSI oder den ETHs wurden deshalb Flächen für die Ansiedlung von Hightech-Unternehmen gewidmet. Neue Gebäude sind in Planung oder bereits im Bau. Ausserdem stellt der Bund eine Bürgschaft in Höhe von 350 Millionen Franken bereit, mit der unter strengen Auflagen ganz bestimmte Investitionen abgesichert werden können.

Prioritäten für junge Unternehmen

Auf der ganzen Welt werden heute Innovationsparks aufgebaut. Nicht wenige sind um ein Vielfaches grösser, als die hiesigen Projekte. Wir haben viele dieser Standorte analysiert und deren Erfolgsfaktoren identifiziert. Ergebnis: Die erfolgreichsten unter ihnen treten als agile Vernetzungs- und Vermarktungsorganisation auf, die für ihre Unternehmen ein Bündel von Services schnüren und diese Firmen auch aktiv promoten. Mit Abstand die wichtigsten Massnahmen sind Unterstützung beim Marketing und bei der Investorensuche. Das bestätigen auch unsere Start-ups, weswegen der PARK INNOVAARE zum einen auf den sozialen Netzwerken sehr präsent ist und auch im Ausland die Werbetrommel rührt. Zum anderen hilft er beim Finden der geeigneten Finanzierung. Bei diesem Thema stellt die Schweiz junge Unternehmen vor Herausforderungen.

Schwachpunkt des schweizerischen Innovationssystems

Zwar ist es relativ leicht, an das erste Geld zu kommen. Und auch eine Anschlussfinanzierung lässt sich noch darstellen. Bei der Finanzierung des Wachstums oder wenn grosse Investitionen in eigene Entwicklungsinfrastrukturen getätigt werden müssen, fliesst das Geld plötzlich nicht mehr so reichlich. Statistiken zufolge haben Deals zwischen vier und zehn Millionen Franken Seltenheitswert. Und die meisten der bekannten Transaktionen werden aus dem Biotechnologiebereich gemeldet. Das kann sich für die Entwicklung des Innovationssystems Schweiz als nachteilig erweisen, denn in anderen Ländern ist die Risikobereitschaft der Investoren viel grösser. So wird gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Israel fast zehnmal mehr Geld an Risikokapital mobilisiert. Im PARK INNOVAARE stellen wir uns dieser Herausforderung, indem wir Unternehmen helfen, mit Investoren in Kontakt zu kommen und sich erfolgreich um EU-Mittel zu bewerben. Und mit der oben erwähnten Bundesbürgschaft haben wir ein eigenes Instrument, um die bestehende Finanzierungslücke zu überbrücken. Wenn Firmen den Finanzbedarf vor Ort decken können, wandern sie nicht ab. So entstehen attraktive Innovationsökosysteme, die ihrerseits ausländische Unternehmen und deren Investitionen anziehen.

Mit herzlichen Grüssen

Nils Gebhardt